

Die Banken, die Staaten oder die Bürger retten?

26.03.2023 | [Prof. Dr. Eberhard Hamer](#)

Die Schweizer Großbank Credit Suisse hätte nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen nicht gerettet werden dürfen, musste aber zur Erhaltung des Finanzsystems gerettet werden.

Zigtausende Mittelständler, denen unsere Regierung durch die von ihr verursachte Energieverteuerung, durch enteignungsgleiche Sanierungszwänge ihrer Gebäude und durch eine wilde Umweltbürokratie die Existenzgrundlagen vernichtet, werden nicht gerettet. Sie sollen – nach Habeck – "einfach zumachen, bevor sie in die Insolvenz müssen".

Nach den Gesetzen der Marktwirtschaft muss eben jemand, der auf dem Markt nicht mehr bestehen kann, vom Markt verschwinden. Eigentlich gilt dieser marktwirtschaftliche Grundsatz aber nur für die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage, nicht für willkürliche Veränderungen der Marktbedingungen durch den Staat.

Die mittelständische Wirtschaft muss nun lernen, dass nicht nur eigene Fehler oder Veränderungen des Marktes ihnen das Geschäft verderben kann, sondern dass ihre wirtschaftliche Existenz auch durch die Politik vernichtet werden kann, wenn ideologische Fanatiker "Ökologie statt Ökonomie" in der Wirtschaftspolitik durchzwingen dürfen, wenn die eigentlich zum "Wohl des Bürgers" vorhandene Staatsmacht von Leuten, die nichts gelernt und nie gearbeitet haben für wirtschaftsfremde Zwecke gegen die wirtschaftlichen Leistungsträger eingesetzt wird.

In Wohlstandszeiten war es selbstverständlich, dass auch die Wirtschaftspolitik dem Wohlstand dienen sollte, nicht einer phantastischen Weltenrettung, einer Umweltpandemie oder einer Flucht vor einem nur eingebildeten Untergang. Der Mittelstand hat zum ersten Mal jetzt gelernt, dass alle eigene Tüchtigkeit, aller Fleiß und aller Einsatz den bisher selbstverständlichen Erfolg nicht mehr bringen, wenn ökonomische Lehrlinge mit naiver Wirtschaftspolitik die Grundlagen nationaler Wirtschaft zerstören. Hunderttausende vernichtete Unternehmen und freiberufliche Existenzen der nächsten Jahre werden so durch die öffentlichen Rahmenbedingungen statt durch eigenes Verhalten vernichtet.

Solche Mittelstandsvernichtung sieht die marktwirtschaftliche Theorie eigentlich nicht vor. Sie geht davon aus, dass auch der Staat guten Willens die besten Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Wohlstand im Lande schafft. Viel zu lange haben unsere mittelständischen Unternehmer darauf vertraut, dass dies unabhängig von den gewählten Mehrheiten auch jede Regierung so versuchen würde.

Die Konzerne haben schon immer gewusst, dass man die Politik zu eigenen Wünschen korrumpern und lenken könne, dass gute Wirtschaftsbedingungen von guten Beziehungen zwischen Konzernen und Parteien abhängen. Nur Konzerne haben eben auch die Machtmittel, in einer Massendemokratie mit Geld und Mitarbeiterstimmzahl die Parteien zu beeinflussen. Nur Banken und Konzerne sind allerdings auch der Ansicht, dass nicht sie für den Staat da sind, sondern der Staat für sie da zu sein habe, ihnen optimale Bedingungen schaffen müsse und dazu auch manipuliert werden dürfe.

So haben wir uns längst daran gewöhnt, dass nur die mittelständischen Firmen den Marktgesetzen von Erfolg oder Risiko und Scheitern unterworfen sind – "mittelständische Inhaberbetriebe sind Unternehmen, die scheitern dürfen, ohne dass der Staat eingreift" –, während die Verhinderung des Scheiterns von großen Kapitalgesellschaften auch bei deren eigenen Fehlern ein "öffentliches Interesse" ist und der Staat deshalb zu Rettungsmaßnahmen gezwungen wird.

Der Zusammenbruch einer Großbank ist für die Volkswirtschaft schwerwiegender als der Zusammenbruch einer produktiven Kapitalgesellschaft, weil die Banken durch ihre Finanzverflechtungen und Geldgeschäfte finanziell eng mit tausenden von Firmen verknüpft sind, die dann bei einem Bankenabsturz gefährdet sind. Und der Absturz einer Großbank gefährdet sogar das ganze nationale Finanzsystem und könnte sich dadurch gesamtwirtschaftlich multiplizieren.

Es geht deshalb bei Krisen von Großbanken nicht nur darum, diese selbst zu erhalten, sondern vor allem das Finanzsystem und die volkswirtschaftliche Liquidität für die übrigen Firmen zu erhalten, insbesondere, wenn es sich um eine Großbank handelt, die volkswirtschaftlich "too big to fail" ist, die also die ganze Volkswirtschaft mit in den Abgrund ziehen könnte. Dies war auch der Grund, weshalb die Rettung der Credit Suisse für die Schweiz keine Frage des "ob", sondern nur eine Frage des "wie" war.

Allmählich kommen immer mehr Untaten der Credit Suisse-Banker ans Tageslicht, bei denen sie zu hoch

spekuliert haben, die Grundsätze der Fristenkonkurrenz nicht einhielten, hochrentable, aber faule Anlagen finanzierten, dubiose Staatsfinanzierung und hochriskanten Derivatehandel betrieben. Für alle diese leichtsinnigen, unverantwortlichen und kriminellen Tätigkeiten hat sich der Vorstand mit vielen Millionen bezahlen lassen, haben die Aktionäre ihre Banker hoch belohnt.

Wenn ein mittelständischer Unternehmer einen Teil solcher Fehler gemacht hätte und dabei gescheitert wäre, würde niemand zur Rettung bereitstehen, wären es eben "die Gesetze des Marktes, die eigene Fehler bestrafen".

Hätte dagegen die Credit Suisse auch für ihre Fehler büßen müssen, wäre dies nicht nur für den Schweizer Bankplatz, sondern für Europa und in der ganzen Welt ein Beben des Finanzsystems geworden, wären die meisten Großbanken der Welt davon mitbetroffen worden, wären Märkte zusammengebrochen, Firmen und Staaten in Anschlussinsolvenz geraten und der von der Crashforschung¹ beschriebene Zusammenbruch des Banken- und Finanzsystems im Crash geschehen. Dann wäre der Zusammenbruch der Credit Suisse wie ein Tsunami durch die ganze Finanzwelt und die Weltwirtschaft gelaufen und hätte ihre Folgen multipliziert.

Das musste in jedem Fall verhindert werden. Also durfte die Credit Suisse für ihre eigenen Fehler nicht büßen, musste gerettet werden und durfte ihre leichtsinnige bis kriminelle Bankster-Bande behalten.

Die Abwägung, ob die Bank nach Marktgesetzen scheitern dürfe oder nicht, ist also in gesamtwirtschaftlichem Weltfinanzinteresse geschehen. Der Schweizer Staat und die Schweizer Steuerzahler mussten in Haftung gehen, um Schlimmeres zu verhüten. Die dennoch entstehenden Ausfälle haben die Schweizer Zentralbank und der Schweizer Staat nicht nur verbürgt, sondern werden sie auch tragen müssen. Das Scheitern der Credit Suisse wird den Schweizer Staat und damit die Schweizer Bürger viel kosten und viele Jahre belasten.

Der nun als zuletzt verantwortlich dastehende Schweizer Bürger hat vorher wenig Nutzen, nun aber den ganzen Nachteil der Credit Suisse zu tragen. Nach marktwirtschaftlichen Kategorien hätten lediglich die Eigentümer und Geschäftspartner die Verluste tragen müssen. Damit letztere damit nicht belastet werden, muss eben Staatshilfe auf Kosten der Bürger her; - eigentlich eine Ungerechtigkeit, aber eine finanzpolitische Notwendigkeit.

Die Rettung der Credit Suisse soll das Vertrauen der Bürger in das Finanzsystem erhalten und ist auch aus diesem Grunde alternativlos.

Würden die Bürger nämlich wissen, dass ihre Gelder bei den Banken von Leichtsinnigen und Kriminellen fehlverwendet werden, nicht sicher sind und dass inzwischen ein so unsolides, miteinander verflochtenes Finanzsystem nur noch mühsam Großrisiken überdeckt, dann würden sie fluchtartig ihre Guthaben abziehen, in Sachwerten anlegen und damit das Finanz- und Währungssystem zusammenbrechen lassen. Dies musste auf jeden Fall verhindert werden.

Schon jetzt ist eigentlich verwunderlich, dass die Sparer und Bürger unserem Finanzsystem immer noch trauen. In Deutschland liegt dies wohl nur noch an der Solidität unserer Mittelstandsbanken, der Volksbanken und Sparkassen. Im Ausland aber haben sie ein solches Sparbankensystem nicht, sondern nur wenige große Spekulationsbanken – die Haupttäter aller kriminellen und leichtsinnigen Bankgeschäfte der Welt.

Helpershelfer sind die Zentralbanken, die entweder wie die Federal Reserve Bank (USA) oder die Bank of England o.a., die als Privatbanken den gleichen Bankstern gehören oder wie die Europäische Zentralbank politisch korrumptiert sind. Die Zeiten einer unabhängigen soliden und nur dem Geldwert verpflichteten Bundesbank sind vorbei. Viele Menschen glauben aber immer noch an die alte Solidität wie diese Bank auch bei den anderen Zentralbanken – ein verhängnisvoller Irrtum, denn die Zentralbanken haben sich von der Politik treiben lassen,

- Pleitestaten zu finanzieren,
- Nullzins zur Erhaltung von Pleitestaten durchzusetzen,
- auf Ausgleich der Target-Salden zu verzichten und damit neue Schulden auflaufen zu lassen,
- durch maßlose Kreditvergabe eine Schuldenexplosion mit Geldmengenvermehrung herbeizuführen, die nun zur Inflation treibt,
- Millionenkredite auch an öffentliche Institutionen wie die EU zu zahlen, die gar keine Steuereinnahmen haben und ihre Schulden betrügerisch als "Sonderfonds", also eigentlich als Vermögen darstellen,
- durch die Unsolidität der Mega-Schulden die Währung zu erodieren, die sie eigentlich treuhänderisch sichern müssten.

Unser ganzes Währungs- und Finanzsystem ist inzwischen leichtsinnig, betrügerisch und kriminell durch die Großbanken und Zentralbanken aufgebläht worden, ohne dass der Bürger bisher reagiert hätte.

Als Merkel der europäischen Verschuldung (Schuldenunion) zustimmte und Deutschland so die Gesamtschulden Europas mitübernahm, kam es zur Warnung der 200 deutschen Volkswirte und zur Gründung der AfD. Inzwischen aber haben sich die Bürger offenbar an diese drohende Überschuldung gewöhnt und wieder beruhigt. Würde aber der Zusammenbruch einer Großbank zeigen, wie gefährdet alle Ersparnisse, Bargeld und monetäre Anlagen bereits jetzt sind, könnte das Vertrauen der Bürger in Geld und Banken zusammenbrechen und würde der Finanzcrash mit Währungsreform folgen müssen – eine allgemeine Enteignung von Sparern und allen Geldwertbesitzern.

Der Schweizer Staat hat also mit der Rettung der Credit Suisse nicht nur eine innerlich faule und gescheiterte Bank gerettet, sondern auch ein inzwischen von ungetreuen Zentralbanken und gierigen Großbanken überschuldetes und längst korrekturbedürftiges Währungssystem erhalten.

Die Credit Suisse wird in den nächsten Jahren auf Kosten der Schweizer Bürger saniert werden. Das Finanzsystem aber wird von seinen politischen Machthabern kaum saniert werden, sondern für die Interessen weiterer Verschuldung der Nationalstaaten und der EU so lange weiter in den Abgrund getrieben, bis ein anderer Zusammenbruch einer Großbank oder eines großen Schuldnerlandes die Bürger aufschreckt, Korrekturen erzwingt, den Missbrauch stoppt und mit einer Währungsreform (geplant: Digitalgeld) ein Streichen alter Schulden durch Entreicherung der Geldwertbesitzer erzwingt.

Die Rettung der Credit Suisse bringt also nur Zeit für weiteren Missbrauch unseres Banken- und Geldsystems.

© Prof. Dr. Eberhard Hamer
[Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.](http://www.mittelstandsinstitut-niedersachsen.de)

¹ Vgl. Hamer, Eberhard "[Was passiert, wenn der Crash kommt?](#)", 10. Auf. Hannover 2008

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](http://www.goldseiten.de)
Die URL für diesen Artikel lautet:
<https://www.goldseiten.de/artikel/573925-Die-Banken-die-Staaten-oder-die-Buerger-retten.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).